

**P.** Urschitz meint

## Stellt den Missbrauch der Wohnbauförderung ab!

26.06.2024 um 07:59

von **Josef Urschitz**



Statt in den Hausbau fließt der Wohnbauförderungsbeitrag häufig in die allgemeinen Budgets - zum Stopfen der Haushaltslöcher. Imago / Daniel Scharinger

Mittel für den Wohnbau werden zum Budgetlöcherstopfen abgezweigt. Ein unhaltbarer Zustand.

Ein paar Tage außerhalb Österreichs schärfen gemeinhin den Blick für das, was medial in diesem Land wichtig genommen wird und was weniger. Relativ wichtig war in der Vorwoche beispielsweise offenbar die Nachricht, dass es der berühmten Erbin eines kleinen Teils des vom alten Engelhorn mittels legaler Steuertricks nahezu steuerfrei erworbenen Milliardenvermögens aus einem Chemiekonzernverkauf endlich gelungen ist, die 25 Millionen an nahestehende NGOs „zurückzuverteilen“. Mithilfe eines handverlesenen „Guten Rats“. Und dass die Erbin die angeblich verbliebenen zwei Millionen für den „Übergang ins Berufsleben“ verwenden will. Bravo, es ist auch mit 31 noch nicht zu spät, seinem Leben einen Sinn zu geben. Wetten, wie viele Jahre, Pressekonferenzen und begleitende Interviews dieser „Übergang“ dauern wird, werden gerne angenommen.

Weniger relevant war offenbar die Meldung, dass das finanziell ziemlich klamme Land

Niederösterreich, das seine Finanzen ganz offensichtlich nicht im Griff hat, wieder einmal 700 Millionen Euro an aushaftenden Wohnbaukrediten zwecks Stopfens des immer größer werdenden Budgetlochs „verkaufen“ will. Dabei betrifft das viel mehr Menschen als die Engelhorn-Telenovela. Nämlich alle, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und damit einen, wie man sieht, ziemlich unsinnigen „Wohnbauförderungsbeitrag“ zahlen. Der hat ursprünglich nämlich aus gutem Grund so geheißen, bevor er vor etwas mehr als 20 Jahren per Abschaffung der Zweckbindung zur „Landesbudgetloch-Stopfsteuer“ umgewidmet wurde.

Jetzt gibt es grundsätzlich gegen die „Monetarisierung“ von offenen Forderungen nichts zu sagen. Das ist ein in der Finanzwirtschaft durchaus gängiger Vorgang. Und die Niederösterreicher, die auf diese Art schon mehrfach Wohnbaudarlehensforderungen verschleudert haben, sind unter den Bundesländern bei Weitem nicht allein.

## System wird ausgehebelt

Es ist nur eine völlige Chuzpe, die ein sehr sinnvolles System zur Finanzierung des Wohnbaus komplett ad absurdum führt. Die ursprüngliche Idee war ja großartig: Jeder Beschäftigte zahlt ein Prozent seines Bruttolohns (bis zur Höchstbeitragsgrundlage) in einen Wohnbautopf ein, aus dem dann zweckgebunden Wohnbauzuschüsse und Wohnbaudarlehen finanziert werden. Die Rückflüsse aus diesen Darlehen wandern ebenfalls in den Topf, sodass Jahr für Jahr mehr Geld für den Wohnbau zur Verfügung steht. Zuletzt waren das deutlich mehr als zwei Mrd. Euro im Jahr, obwohl die Rückflüsse durch solche Darlehensverkäufe in den vergangenen 20 Jahren schon deutlich ausgedünnt wurden.

Das war möglich, weil knapp nach der Jahrtausendwende die Zweckbindung dieser Mittel für den Wohnbau aufgehoben wurde. Seither sind die von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern je zur Hälfte aufgebrachten Milliarden ein willkommener Jackpot für Landesfinanzreferenten, die ihre Finanzen nicht im Griff haben. Nichtsdestotrotz wird der gut in den Sozialabgaben versteckte und auf den meisten Lohnzetteln gar nicht extra ausgewiesene Wohnbauförderungsbeitrag weiter unverdrossen einbehalten.

Die Niederösterreich-Aktion zum jetzigen Zeitpunkt ist allerdings besonders pikant: Die Regierung hat vor rund zwei Monaten ein sogenanntes Wohnbaupaket im Ausmaß von 2,2 Mrd. Euro bis 2026 geschnürt, um die darniederliegende Bauwirtschaft anzukurbeln. Und jetzt passiert das Erwartbare: Die Länder nehmen die (zweckgebundenen) Wohnbaupaket-Milliarden und bekommen so noch mehr Spielraum, die von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierte eigentliche Wohnbauförderung zweckentfremdet zum Löcherstopfen zu verwenden. Es ist exakt so gekommen, wie an dieser Stelle im April zu lesen war: Die Regierung hätte das Wohnbaupaket auch gratis bekommen können, wenn sie einfach die Zweckbindung der Wohnbauförderung wieder eingeführt hätte.

## Wohnbaugeld für Dummheiten

Es geht dabei auch für den Einzelnen nicht um Peanuts: Wenn jemand ein Bruttoeinkommen an oder jenseits der Höchstbeitragsgrundlage hat, dann zahlen er und sein Arbeitgeber je zur Hälfte immerhin an die 720 Euro pro Jahr in den Topf. Der dann einfach ausgeräumt wird. Zum Beispiel für Dummheiten wie den Fonds zur Rückerstattung von Coronastrafen in Niederösterreich.

Wir haben eine zu hohe Abgabenquote und zu hohe Lohnnebenkosten. Beides belastet die

Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ebenso wie die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Eine Abschaffung des Wohnbauförderungsbeitrags (wenn man den nicht zweckgewidmet für den Bau verwendet) wäre also eine Möglichkeit, die Lohnnebenkosten um einen halben Prozentpunkt zu senken und gleichzeitig den Arbeitnehmern bis zu 360 Euro mehr netto vom brutto im Jahr zu bescheren. Ohne jetzt irgendwo Sozialleistungen zu kürzen, um ein beliebtes Argument gegen solche Abgaben- und Lohnnebenkostensenkungen zu entkräften. Win-win, sozusagen.

Also: Wenn ihr das Geld schon nicht in den Wohnbau stecken wollt, dann schafft den Wohnbauförderungsbeitrag endlich ab! Die Länder brauchen ihn, wie Niederösterreich wieder einmal demonstriert, zur Wohnbaufinanzierung nicht wirklich. Und zum reinen Sponsoring von Landes-Budgetdisziplinlosigkeit ist eine eigene Abgabe, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen trifft, entschieden zu schade.

Mail: [josef.urschitz@diepresse.com](mailto:josef.urschitz@diepresse.com)

Lesen Sie mehr zu diesen Themen:

- [Kolumnen](#)
- [Österreich](#)
- [Economist](#)
- [Urschitz meint](#)
- [Meinung](#)